



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 01.06.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Unterbringung von Flüchtlingen - Standort
Wohnmodule Schlieffenstraße
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 152/22

Beschlussempfehlung:

In der Vorberatung zu beschließen vom Bildungs- und Sozialausschuss sowie vom Bauausschuss:

- 1.) Der Standort für Wohnmodule in der Schlieffenstraße (Parkplatz Mann + Hummel)

In der Vorberatung zu beschließen vom Bauausschuss:

- 2.) Die Anmietung der Wohnmodule für rund 60 Personen für 24 Monate wird genehmigt. Die Module stehen voraussichtlich ab Mitte August 2022 zur Verfügung. Die Anmietungs- und Betriebskosten werden genehmigt
- 3.) Die daraus folgenden einmaligen zusätzlichen Kosten für die Anbindung der Infrastruktur sowie dem Auf- und Abbau werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderung gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** und der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport gehen auf die Vorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Es wird zur gestrigen Bürgerinformationsveranstaltung informiert. Hier haben überwiegend Mobilitätsthemen im Vordergrund gestanden, weniger der Standort. Die Hotelplätze seien keine langfristige Lösung und

nicht dauerhaft anmietbar.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Der Standort sei gut, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie bemängelt, dass die unbewohnten Wohnungen im Stadtgebiet nicht belegt werden können. Sie fragt, ob die Lieferfirma

TOP 1

**Unterbringung von Flüchtlingen - Standort
Wohnmodule Schlieffenstraße
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 152/22

die Container wieder zurücknehme. Mittel- und Langfristig sollen die Container wieder abgebaut werden. Weiter fragt sie nach dem Stand zur Jugendherberge.

Stadtrat **Meyer** hätte sich einen anderen Ablauf gewünscht. Früher habe es in solchen Fällen eine nichtöffentliche Vorbesprechung gegeben. Dort hätten dann auch mögliche Alternativstandorte besprochen werden können, bemängelt er. Mit abnehmenden Flüchtlingszahlen hätte sich die Verwaltung in der Vergangenheit um die Schaffung neuer Unterkünfte mehr bemühen sollen. Interimsweise könnten Unterkünfte auch durch Studenten bewohnt werden. Er fragt nach der Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung und der weiteren Planung. Er wünscht eine gleichmäßige Verteilung im Stadtgebiet. Es gehe um Verträglichkeit und Integration. Die Integration erfolge auch über Kirchen und Vereine. Am Stadtrand stelle sich dies schwierig dar. Er fragt, ob die Dauer der Maßnahme fix oder eine Verlängerung möglich sei, für den Fall einer möglichen Hungersnot in Afrika. Zur Radwegesituation wünscht er mehr Information hinsichtlich der Nutzungshäufigkeit. Er dankt der Bürgerschaft, die Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Die jetzige Entscheidung werde mitgetragen.

Stadtrat **Dengel** spricht von einer Notlage und werde der Vorlage zustimmen. Der Standort sei zwar außerhalb, aber gut zu erreichen. Die Duschmöglichkeiten erscheinen ihm zu wenig.

Die Verwaltung habe schnell entscheiden müssen, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg** und gibt zu, ebenso von dem Containerdorf überrascht worden zu sein und mahnte künftig eine bessere Vorbereitung an. Er wird der Vorlage ebenso zustimmen. Weiter will er wissen, wie die Bezirke den Schulen und Kindertagesstätten zugeteilt werden. Es dürfe nicht zu einem sozialen Unfrieden führen und müsse gut kommuniziert werden. Mehr Information wünscht er zu den offenen Fragen aus der gestrigen Bürgerinfo. Eine längerfristige Nachnutzung wäre wünschenswert. Er geht auf einen möglichen Familiennachzug ein und fragt, wie mit verschiedenen Szenarien umgegangen werde.

Der Standort sei unter den momentanen Umständen geeignet und notwendig, so Stadtrat **Heer**. Die Unterkunft sei temporär und die Radwegesituation nicht das wichtigste Problem. Es müssen Maßnahmen zur Integration und Eingliederung getroffen werden. Er stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Müller** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Zu den weiteren Standorten wünscht er mehr Information. Er fragt nach dem Procedere der Unterbringung und Zuständigkeit des Landkreises. Wie geht man perspektivisch mit den Privatunterkünften um, will er wissen.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Durch den Staatsvertrag mit der EU habe es bisher keine Erstaufnahme des Landes gegeben. Dies habe sich zwischenzeitlich geändert. Der Landkreis ist für die vorläufige Unterbringung bis zu 6 Monate zuständig, jedoch könne dieser Zeitraum auf null

reduziert werden. Mittlerweile haben die Kommunen Strukturen aufgebaut. Mittel- und langfristig werden weitere Maßnahmen notwendig sein. Heute gehe es um eine Sofortmaßnahme. Auch die weiteren Geflüchteten müsse man im Blick haben. Dankbar sei sie über die schnelle Bereitstellung der Hotelunterkünfte. Sie geht weiter auf die Duschmodule ein. Der Markt sei stark umworben und keine weiteren Module verfügbar. Das Moduldorf sei aufgrund der Wertigkeit der Dämmung auf 2 maximal 3 Jahre befristet. Man brauche eine schnelle Lösung, um unter anderem die Hotelumsiedlungen zu ermöglichen. Sie dankt der Bürgerschaft für das große Engagement. Weiter geht sie auf die Kindertagesstätten und Schulen ein. Eine Bevorzugung werde es nicht geben. Die Osterholzscheule könne die Anzahl der Kinder auffangen. Die Schulen seien sehr erfahren, um die Kinder zu integrieren.

TOP 1

**Unterbringung von Flüchtlingen - Standort
Wohnmodule Schlieffenstraße
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 152/22

Stadträtin **Moersch** geht auf die Stiftung Invitare ein. Eine Einbindung biete sich aufgrund der Entfernung an. Zudem spricht sie die Sicherheitslage an und fragt nach einer Polizeipräsenz. Sie wünscht regelmäßig eine Berichterstattung. Nach 24 Monaten solle nicht stillschweigend eine Weiterführung erfolgen. Sie spricht ein großes Lob an die Bürgerschaft der Weststadt aus.

Pragmatische Überlegungen seien für den Standort ausschlaggebend gewesen, so der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport. Es gebe kurze Leitungswege für Strom, Wasser und Entwässerung, Betreuungs- und Beratungsmöglichkeiten in der Nähe, und die Fläche sei kurzfristig verfügbar. Er geht auf die weiteren möglichen Flächen und die Ausschlusskriterien ein. Nicht verfügbar seien derzeit Container mit Duschen. Der Markt sei leergefegt. Toiletten und eine Kochnische seien in den einzelnen Wohneinheiten vorhanden. Zum Duschen gebe es zwei zentrale Duschcontainer. Die Container gehen nach Ablauf der Anmietung zurück. Die Jugendherberge sei aktuell vom Landkreis bis Ende des Jahres angemietet. Danach sei eine Umbauplanung vorgesehen. Der Radweg werde hauptsächlich von den Schülern zum BZW genutzt. Dieser werde derzeit zwischen den Parkflächen hindurchgeführt und solle verlegt werden. Die Prüfung durch den zuständigen Fachbereich sei erfolgt. Er geht weiter auf die verwaltungsinterne Zuständigkeit ein. Es gebe eine gute Struktur mit allen beteiligten Fachbereichen. Im Servicecenter Ukraine erfolge die Erstberatung. Zudem gebe es eine Migrationsberatung der freien Träger und der Stadt. Der Standort werde nach den Sommerferien den Schulbezirken zugeteilt. Momentan seien viele ukrainische Kinder noch im Homeschooling.

EbMin **Schmetz** merkt an, dass die Polizei und Invitare involviert seien. Das nähere Umfeld, wie Schulen und soziale Träger, seien aufgrund der Ortsrandlage eingebunden. Demnächst stehen die Schulanmeldungen an. Hinsichtlich des Verbleibes gehe sie derzeit von einem 2-jährigen Zeithorizont aus. Momentan dürfen die Männer das Land nicht verlassen. Das Stimmungsbild sei gemischt, die Wahrnehmung tendiere eher zu einer schnellen Rückkehr in das Heimatland. EbMin Schmetz stellt die Vorlage 152/22 Ziffer 1 zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg bezuschusst den Verein LudwigsTafel e. V. ab dem 01.07.2022 mit einem Mietkostenzuschuss von 15.000 Euro *und ab 01.01.2023 mit 17.000 Euro* jährlich für die Räume in der Saarstr. 25.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein und dankt allen Beteiligten.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Ludwigstafel leiste eine wichtige Arbeit, merkt Stadträtin **Wiedmann** an und fragt, ob die von der Verwaltung angeregte Erhöhung überhaupt ausreiche, vor allem hinsichtlich der steigenden Energiepreise. Sie dankt für das große Engagement allen Beteiligten. Der Bedarf sei vorhanden und sie empfinde es als traurig, dass solche Einrichtungen benötigt werden.

Die LudwigsTafel sei ein wichtiger Teil für die Stadt und werde gebraucht, führt Stadtrat **Meyer** aus

und regt an, den Zuschuss ab 01.01.2023 auf 17.000 Euro zu erhöhen. Er wünscht einen Bericht alle drei Jahre.

Die Tafel sei in der heutigen Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil, meint ebenso Stadträtin **Moersch**. Durch die Geflüchteten habe sich dies noch verschärft. Sie dankt den ehrenamtlichen Helfern und geht gerne mit dem Vorschlag des Vorredners mit

Die Einrichtung stelle sich ständig flexibel auf die Bedarfe ein, lobt Stadträtin **Metzger**. Sie geht ebenso mit dem Vorschlag der CDU-Fraktion mit.

Die FDP begleite die Tafel bereits seit Jahren, so Stadtrat **Heer** und geht auf die Historie ein. Die hervorragende Arbeit werde gerne unterstützt und er dankt den Akteuren.

Stadtrat **Müller** dankt dem ganzen Team. Leider sei die Einrichtung notwendig und er sieht darin einen Mahner für die Fehler in der Sozialpolitik und die ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Er geht auf die Zweigstellen ein und fragt nach den dortigen Mietzahlungen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die offenen Fragen ein. Im Jahre 2013 habe man eine 90-prozentige Mietübernahme beschlossen. Dies habe man im Jahre 2016 und 2019 wegen Mieterhöhung und Umzug erhöht. Hierdurch komme der Betrag zustande.

TOP 2

Städtischer Mietkostenzuschuss für die Ludwigstafel e. V.

Vorl.Nr. 078/22

Für die Zweigstellen in Kornwestheim und Eglosheim fallen keine Mietkosten an, da diese über die Kirchen abgedeckt seien, fügt die **Leiterin** der Ludwigsburger Tafel hinzu. Die Miete für die Zweigstelle Grünbühl liege derzeit bei monatlich 600 Euro.

EBMin **Schmetz** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen. Ein Bericht erfolge im Dreijahresrhythmus.

TOP 3

Sachstand Schulanmeldungen im Schuljahr 2022/23 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein mündlicher Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf die verhaltenen Schulanmeldezahlen an den Gemeinschaftsschulen und der Werkrealschule ein. Er fragt, ob sich dieser neue Schultypus etablieren konnte. Zudem wünscht er Angaben zur Anzahl auswärtiger Schüler, die eine Schule in Ludwigsburg besuchen und wieviel Ludwigsburger Kinder nach außerhalb pendeln.

Eine starke Tendenz zum Gymnasium sei erkennbar, so Stadträtin **Seyfang**. Das Mörikegymnasium habe einen starken Zulauf und sie weist auf die damalige Beschlussempfehlung hin. Sie bemängelt die fehlende verbindliche Schulempfehlung und fragt, wie mit dem Zulauf umgegangen werde.

Die Tendenz sei voraussehbar gewesen, merkt Stadträtin **Moersch** an. Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung zeige sich am Zulauf bei den Gymnasien. Die Gemeinschaftsschule habe keinen Hype ausgelöst. Besorgt sei sie über den stetigen Rückgang bei den Realschulen. Sie fragt, wie viele Kinder während der Orientierungsstufe vom Gymnasium auf die Realschule wechseln. Für manche Kinder sei dies psychisch eine Belastung.

Das Schulsystem und das Profilangebot sei in Ludwigsburg breit aufgestellt, lobt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Die Prognose von Biregio habe sich als fehlerhaft herausgestellt. Mit dem nächsten Schuljahrgang erreiche man den höchsten Stand der Einschulungen. Zudem geht er auf die Thematik in Bezug auf Neubaugebiete und Bevölkerungsentwicklung ein. Interessant sieht er die Unterscheidung der Anmeldezahlen. An vielen Stellen gebe es massive Raumprobleme, an manchen werden Kapazitäten frei. Das Mörikegymnasium sei platzmäßig sehr beansprucht. Der Umbau und die Bauzeit des Bildungszentrums West müsse mitgedacht werden. Die Bewältigung dieser Problematik könne ein Thema in der Klausur sein. Der Rückgang der Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen liegen mit am schwierigen Image. Die Vorbereitungsklassen müssen ebenso am Gymnasium und Realschule angeboten werden. Die zukünftige Weiterentwicklung auch hinsichtlich der Baugebiete solle nach Vorliegen der endgültigen Zahlen erneut beraten

TOP 3

**Sachstand Schulanmeldungen im Schuljahr
2022/23
- mündlicher Bericht**

werden.

Stadtrat **Heer** schließt sich dem Vorredner an.

Stadtrat **Müller** geht auf die Prognosen ein. Für die Grundschulen sei aufgrund der Schulbezirke eine gute Planung möglich. Anders bei den weiterführenden Schulen. Dort gebe es eine größere Wahlfreiheit auch aufgrund der Attraktivität über die Profile. Primär werden Gymnasien bevorzugt behandelt. Die Konzeption der Gemeinschaftsschulen sei eine Fehlkonstruktion. Die Wohlfühlatmosphäre und baulichen Bedingungen müsse ebenso an Realschulen und Werkrealschulen erreicht werden. Er fragt, ob sich an der Zahl der Eingangsklassen noch Änderungen ergeben, vor allem hinsichtlich der Lehrkräfte.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die vorgestellten Anmeldezahlen seien die Realität zum Zeitpunkt der Anmeldefrist und eine vorläufige Information. Es gebe jedoch immer Nachmeldungen. Dies habe verschiedene Gründe, wie Inklusionsfragen oder eine verpasste Anmeldefrist. Verbindlich sei der Stichtag für die amtliche Schulstatistik am 15.10.2022. Der Trend

zum Gymnasium sei nicht neu und werde seit Jahren nachgefragt. Es gebe nur wenige Schulen, die nicht in den letzten 10 Jahren saniert wurden. Man habe an fast allen Schulen investiert. Die Biregio Prognosen für die Schulen seien sehr treffsicher und beruhen auf den Daten der Verwaltung. Dies solle alle 3 bis 5 Jahre wiederholt werden. Zur Wohnbauentwicklung werde ein gesonderter Bericht erfolgen.

Die Grundschulempfehlung müsse an den Schulen vorgelegt werden, seien jedoch nicht bindend, so der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die Rektoren der Gymnasien führen diesbezüglich Elterngespräche. Er geht auf die Anzahl der Eingangsklassen ein. Das Regierungspräsidium könne die Entscheidung für zwei Jahre in Folge überstimmen. Man wolle Wanderklassen vermeiden. Am Campusplatz könne aufgrund der schwächeren Jahrgänge an der Realschule und Gemeinschaftsschule ein Ausgleich stattfinden. Aufgrund der Flüchtlingssituation erwarte man am Goethe-Gymnasium, vor allem wegen der internationalen Klasse, einen Zugang. Die Anzahl der Eingangsklassen für die Gemeinschaftsschule Innenstadt sei stabil, jedoch weniger Schüler. Im Vorjahr habe man die VKL Klasse zugerechnet. Bei der Justinus-Kerner-Schule werden noch Nachmeldungen erwartet. Die Infoveranstaltungen bewerben alle Schularten. Ab Klasse 7 und 8 sei bei den Gemeinschaftsschulen und Realschulen sowie Werkrealschulen einen Zulauf aus anderen Schularten zu erkennen.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4 Mehrfachnutzung der Fuchshofschule - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Alle Schulen werden mehrfach genutzt, vor allem die Mensen.

Wir leben dies bereits, versicherte EBMin **Schmetz**. Bestes Beispiel seien die Gebäude im Bildungszentrum West. Dort finden abends Kurse der Volkshochschule statt. Bei der Nutzung der Schulmensen gebe es nachvollziehbare und strenge hygienische Gründe, die dagegensprechen, erklärt sie weiter. Wenn vorhanden, dürfen die Tee-/ Außenküchen genutzt werden.

Stadtrat **Heer** geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und sieht diesen als erledigt an. Seine Fraktion könne sich die Fuchshofschule beispielsweise als Standort für Kurse der Volkshochschule vorstellen. Auch als Treffpunkt für Senioren und Vereine sei die neue Grundschule geeignet. Viele Vereine und Gruppen suchen händeringend nach Räumen, merkt er an. Er wünscht eine optimale Ausnutzung der Räumlichkeiten und eine offene Kommunikation. Weiter geht er auf die Mehrbelastung der Hausmeister ein. Die Schulen haben erste Priorität.

Der Knackpunkt sei offenbar vor allem die Küche, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. In Oßweil sei der Neubau im Vorfeld mit der Mensa beworben worden. Umso erstaunter und enttäuschter seien die Gruppen und Vereine gewesen, als feststand, dass sie zwar die Mensa, allerdings nicht die angrenzende Küche für ihre Veranstaltungen nutzen dürfen. Der kommunale Raum solle von vielen Menschen genutzt werden und zur Verfügung stehen.

Stadträtin **Seyfang** merkt an, dass sich mit einer Teeküche allein keine große Vereinsveranstaltung mit üppiger Bewirtung stemmen lasse. Dies hätte im Vorfeld anders kommuniziert werden müssen. Die Vereine haben hierzu eine andere Vorstellung.

Vieles habe sich positiv an den Schulen durch die Öffnung in die Gesellschaft geändert, so Stadträtin **Moersch**. Sie geht auf die Hygienestandards für Schulküchen ein und kann die Gründe nachvollziehen.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt. Der Antrag ist hiermit erledigt.

TOP 4.1**Mehrfachnutzung der Fuchshofschule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2022****Vorl.Nr. 133/22****Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf wird auf Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.
Der Antragsteller sieht den Antrag als erledigt an.

TOP 5**Bundesförderung - Aufholen nach Corona -
städtische Ausgleichsfinanzierung****Vorl.Nr. 159/22****Geänderter Beschluss:**

Die Finanzierung der aufgrund des Bundesförderprogramms „Aufholen nach Corona“ eingerichteten Stellen für das Schuljahr 2022/23 wird als Ausgleichsbudget vorgehalten, falls eine Förderzusage im

Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ im zweiten Förderzeitraum (Schuljahr 2022/24) ausbleiben sollte.

1. *Sollten* im Haushaltsjahr 2022 *keine Restmittel im Fachbereich Bildung und Familie vorhanden sein*, über Mittel aus den Fond Bildung, Jugend, Zukunft in Höhe von rund 62.000 EUR und
2. Im Haushaltsjahr 2023 über zusätzliche Mittel im städtischen Haushalt in Höhe von rund 87.000 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMin **Schmetz** die Aussprache. Der erste Förderzeitraum ende mit diesem Schuljahr, dann müsse ein neuer Antrag gestellt werden. Befristete Stellen seien schwierig zu besetzen. Für die Träger müsse mehr Sicherheit geschaffen werden.

Stadtrat **Meyer** wünscht vor Inanspruchnahme des Fonds eine Prüfung eventueller Haushaltsreste. Über den Haushaltsantrag sei damals aufgrund der zu erwartenden Förderung nicht abgestimmt worden. Die Schulsozialarbeit werde dringend gebraucht. Er hätte sich frühzeitiger eine Lösung gewünscht. Weiter geht er auf die Information an die Eltern hinsichtlich interessanter Programme zur Förderung der Kinder ein. Hierzu sei bei der Bewilligung der LudwigsCard eine zweite Unterschrift aufgrund des Datenschutzes notwendig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf den angespannten Arbeitsmarkt ein. Die Stellen seien wichtiger denn je. Es werde eine gute Präventionsarbeit geleistet. Schulpsychologische Beratungsstellen sollten künftig dezentralisiert und ein umfangreiches Hilfekonstrukt aufgebaut werden.

Stadträtin **Moersch** lobt die Wertigkeit der Schulsozialarbeit. Der Fonds sei gut geeignet und sie werde der Vorlage zustimmen. Künftig solle die Finanzierung über den Haushalt laufen.

Stadträtin **Metzger** geht auf die späte Förderzusage ein. Man solle keine Zeit verlieren.

Stadtrat **Heer** wünscht eine Bestandserhebung. Schulsozialarbeit sei ein Bestandteil der Schulgemeinde und solle bei Bedarf ausgebaut werden. Er signalisiert seine Zustimmung.

Stadtrat **Müller** weist auf künftige Haushaltsberatungen hin. Er geht davon aus, dass man häufiger in Vorleistung gehen müsse, da Fördergelder erst später fließen.

TOP 5

**Bundesförderung - Aufholen nach Corona -
städtische Ausgleichsfinanzierung**

Vorl.Nr. 159/22

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Aufgrund der späten Förderzusage gebe es keine Planungssicherheit. Sie geht auf die Haushaltsberatungen ein. Der Start sei erst nach Förderzusage vorgesehen gewesen. Die erneute Antragstellung werde bereits vorbereitet. Man kann davon ausgehen, dass die zweite Marge ebenso bewilligt wird. Sie formuliert einen geänderten Beschlusstext, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen.

TOP 6

**Änderung der Satzungen für Anschluss- und
Obdachlosenunterkünfte
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 146/22

Beschlussempfehlung:

1. Die Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg wird getrennt in:
 - Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg
 - Satzung über die Benutzung von Anschlussunterkünften der Stadt Ludwigsburg
2. Die Satzung über die Benutzung von Anschlussunterkünften der Stadt Ludwigsburg wird gemäß Anlage 1 beschlossen und tritt mit Wirkung zum 01.09.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMin **Schmetz** die Aussprache.

Stadtrat **Müller** will wissen, ob analog die Satzung über die Obdachlosenunterkünfte im Ausschuss für Mobilität und Umwelt beraten werde.

EBMin **Schmetz** bejaht diese Frage und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:Beschluss durch den Ausschuss Bildung und Soziales (BS):

1. Der Aufnahme von 2 Krippengruppen VÖ/GT (0-3) sowie 3 Kindergartengruppen VÖ/GT (3-6) am Standort Schul-, Kultur- und Sport-Areal Oßweil in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg wird zugestimmt.
2. Dem Raumprogramm für eine 5-gruppige Kindertageseinrichtung wird zugestimmt (Anlage 1).

Beschluss durch den Bauausschuss (BA):

3. Dem Standort für den Neubau einer 5-gruppigen Kindertageseinrichtung wird zugestimmt (s. Anlage 3)
4. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des oben genannten Raumprogramms (Anlage 1) für den Neubau der 5-gruppigen Kindertageseinrichtung eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten.
5. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren für die Vergabe der Planungsleistungen und der Vergabe der Unterstützung für die Wettbewerbsbetreuung und der rechtssicheren Durchführung der VgV-Verfahren durch das Büro Thost Projektmanagement wird zugestimmt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Erkenntnissen aus dem Wettbewerbsverfahren den Bebauungsplan zum gesamten SKS-Areal zügig zu erarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Um die Sportbedarfe aufzufangen, werde ein Runder Tisch mit den Nutzern einberufen, so EBMin **Schmetz**. Die Bauphase beginne erst 2025. Der Ortsteil wolle das Schloss für das Bürgerschaftliche Engagement und die Vereine sowie den Stadtteil als Begegnung und Lebensraum erschließen. Dies sei im Gesamtkonzept so vorgesehen. Jedoch gebe es eine hohe Betreuungsnachfrage vor allem im U3-Bereich. Man brauche hier deutlich mehr Plätze und sie geht auf die Parallelität der Einrichtungen ein.

Der Bedarf sei vorhanden, vor allem wegen dem Generationswechsel und der Wohnbebauung in

TOP 7

Neubau Kindertageseinrichtung SKS-Areal

Vorl.Nr. 113/22

Oßweil

- **Aufnahme Bedarfsplanung**

- **Beschluss Raumprogramm**

- **Standort**

- **Planungsbeschluss**

- **Art der Vergabe der Planungsleistung**

diesem Gebiet, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie hofft auf ein nachhaltiges Gebäude. Es solle nicht auf Kosten der Klimaentwicklung, Qualität und Nachhaltigkeit gespart werden. Heute werde das Raumprogramm beraten. Sie hofft, dass dies nicht durch die künftige finanzielle Situation geändert werden müsse. Die Struktur auf dem Platz sei gut und gebe ein schönes Ensemble mit guter Abwechslung. Die Kennzeichnung der Schule solle geändert und künftig die neue Bezeichnung benutzt werden. Der Vortragende habe dies bereits berücksichtigt, erwähnt sie lobend.

Stadträtin **Seyfang** lobt die Einrichtung eines Runden Tisches. Hier solle der Beirat für Sport und der Gemeinderat einbezogen werden. Sie wünscht mehr Information zur Bemessung der Größen und erforderlichen Quadratmeterzahl pro Kind. Sie weist auf den Brief des Oberbürgermeisters an die Vereinsvorsitzenden und das geplante Umsetzungsdatum 2029 hin. Sie weist auch auf den Fachkräftemangel hin.

Das Raumprogramm sei gut, merkt Stadträtin **Moersch** an. Der Runde Tisch wird ebenso als gut empfunden. Hier müsse konkret eine genaue Zeitschiene festgelegt werden. Die Einschnitte für den Sport seien schmerzhaft. Der vorgestellte Weg sei richtig. Junge Mütter wollen in den Beruf zurück und wünschen eine gute Betreuung. Sie signalisiert ihre Zustimmung.

Der Bedarf bestehe und das Raumprogramm sei gut, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Der Sport dürfe jedoch nicht vergessen werden. Es werden zwei wegfallende Sportplätze durch einen und dieser erst 2029 ersetzt. Es gebe keine Ersatzfläche. Die Zeitschiene müsse überdacht und die Ausgleichsfläche am Sportpark Ost zeitnah umgesetzt werden. Der Runde Tisch sei wichtig und es müsse schnell eine gute Lösung gefunden werden. Die Betreuungsplätze werden gebraucht und er wünscht mehr Information zur Maßnahme Tatula-Kindertagesstätte.

Der Handlungsbedarf sei dringend, merkt Stadtrat **Heer** an und wünscht eine schnelle Umsetzung. Die Entwicklung sei positiv und ein Quantensprung für Oßweil. Er wird der Vorlage zustimmen. Die Kitaplätze sollen derzeit Priorität haben.

Stadtrat **Müller** geht auf das Raumprogramm ein und fragt nach der Basis und einem eventuellen Spielraum. Er fragt, welche Auswirkungen die beiden Gebäude gegenüber der bisherigen Planung, hinsichtlich der Klimaansätze, haben.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Grünflächen werden anders aufgeteilt. Die Flächen bleiben gleich. Die Träger sollen unabhängig voneinander reagieren können. Die Stadt wolle den Kindergartenausbau voranbringen. Sie geht weiter auf den Sportpark Ost und den Sportplatz für Alle ein. Über die Zeitschiene werde Stadtrat Prof. von Stackelberg hierzu direkt informiert. Das Projekt Tatula sei unabhängig von der vorgestellten Maßnahme. Das Modulbausystem der ehemaligen Schulkindbetreuung werde derzeit durch Tatula genutzt. Diese Einrichtung werde künftig im ehemaligen Standort HcL untergebracht. Heute gehe es um die Etablierung der Kita auf der Rasenfläche. Das Schloss lasse aufgrund der Räumlichkeiten keine moderne und zukunftsfähige Kita zu. Bis 2029 müsse man eine Parallelität schaffen. Das Raumprogramm orientiere sich am KVJS. Die Nachhaltigkeit sei wichtig. Das Gremium wird über die Ergebnisse des Runden Tisches informiert. Sie lässt über die Vorlage 113/22 Ziffer 1 und 2 abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.